

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA, Ing. Udo Guggenbichler, MSc, Wolfgang Seidl und Stefan Berger betreffend „Einbeziehung der Rücklagen und Einnahmen der Wirtschaftskammer zur Unterstützung von KMUs und EPU“, eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 24. November 2022 zu Post 8

Die langanhaltende Pandemie, gestörte Lieferwege bzw.-ketten, die kriegerische Auseinandersetzung im Osten Europas, explodierende Teuerung und hohe Strom und Gaspreise machen nicht nur den Menschen das Leben schwer, auch zahlreiche Unternehmen können nicht mehr mithalten und werden insolvent. Österreich geht langsam aber sicher in Richtung Rezession oder Stagflation. Nachfrage schwindet, Umsätze brechen ein, Investitionen bleiben aus, Produktivität leidet. KMU's im Besonderen werden angesichts der Liquiditätsprobleme nicht überleben.

Schon jetzt sind im 1. bis 3. Quartal dieses Jahres die Firmenpleiten österreichweit um + 64 % (1.235), jene der Privaten um 10 % (2.029) gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Gleichzeitig berichten seit Jahren die Medien von enormen Rücklagen der Wirtschaftskammer, von Vetternwirtschaft, Privilegien, Postenschiebereien und Selbstbedienungsladen, wie zuletzt in der steirischen Wirtschaftskammer.

Bereits im Jahr 2013 betrugen die gesamten Einnahmen der Wirtschaftskammer bundesweit rund 850 Millionen Euro, davon stammten circa 500 Millionen Euro aus Pflichtbeiträgen (Grundumlage sowie Kammerumlage I und II). Weitere 154 Millionen Euro wurden über *Gebühren für Sonderleistungen* eingenommen, etwa für Beurkundungen bei zwischenstaatlichen Geschäften oder für das Ausstellen von Ursprungszeugnissen. Außerdem stehen den Fachverbänden und Fachgruppen, die eigene Rechtspersönlichkeiten darstellen, ein Budget von rund 200 Millionen Euro zur Verfügung.

Wir brauchen daher ganz gezielte und treffsichere unternehmerische Maßnahmen. Diese müssen dazu führen, dass KMUs, als Rückgrat der Wirtschaft, die Möglichkeit haben, die Krise zu überwinden. Auch die Wirtschaftskammer ist im besonderen Maße gefordert, zur Rettung der hiesigen KMUs und EPU's beizutragen und sollte daher notwendige Garantien aus ihren millionenschweren Rücklagen zur Verfügung stellen.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien spricht sich angesichts der aktuellen Unternehmenskrise für umfangreiche wirtschaftspolitische Unterstützungsmaßnahmen von EPU's sowie KMUs aus und ersucht die Bundesregierung, alle möglichen Maßnahmen, vor allem juristische, zu setzen, die umfangreichen Rücklagen als auch Einnahmen der Wirtschaftskammer für Haftungsübernahmen bei bestehenden Krediten bzw. Bankenforderungen für KMUs und EPU's heranzuziehen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.